

DISSERTATIONSPROJEKT

Titel der Arbeit: „Digitaler Autoritarismus. Eine Analyse der politischen Konflikte um die Einführung der Vorratsdatenspeicherung aus staatstheoretischer Perspektive“

Lars Bretthauer (Universität Kassel)

Kontakt: lbretthauer@reflect-online.org

Abstract

Meine Doktorarbeit widmet sich aus der Perspektive der materialistischen Staatstheorie der staatlichen Überwachung gesellschaftlicher Kommunikationsbeziehungen. Empirischer Gegenstand ist hierbei die politische Debatte um die Einführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS) in Deutschland in den Jahren 1996-2018. So sahen das erste VDS-Gesetz von 2007 bzw. das zweite VDS-Gesetz von 2015 die sechsmonatige bzw. zehnwöchige präventive Speicherung von digitalen Kommunikationsdaten durch Telekommunikationsunternehmen und deren möglichen Abruf durch staatliche Sicherheitsbehörden zur Strafverfolgung vor.

Auf dieser Grundlage soll in dieser Arbeit erstens der Frage nachgegangen werden, welche politischen Veränderungen die Gesetze zur Vorratsdatenspeicherung *historisch* für das Gewaltmonopol des deutschen Staates bedeuteten. Angesichts einer tradierten Geschichte autoritärer Herrschaft in Deutschland, von Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen und darüber hinausgehenden staatlichen Überwachungsformen einerseits, aber auch der Unterbindung staatlicher Eingriffsversuche durch Gerichte und politischen Widerstand andererseits steht zur Debatte, welche historischen Kontinuitäten und Brüche sich in der Debatte um die Vorratsdatenspeicherung zeigen.

Vor diesem Hintergrund wird zweitens der Frage nachgegangen, inwiefern das deutsche Gesetzgebungsverfahren zur Vorratsdatenspeicherung und die damit verbundene öffentliche Debatte über den staatlichen Zugriff auf Kommunikationsdaten als eine *konkrete politische Transformation des deutschen Staates* verstanden werden kann. Hierzu geht diese Arbeit der Frage nach, welche unterschiedlichen Projekte der Inneren Sicherheit in der Debatte um die Vorratsdatenspeicherung formuliert wurden, wie diese im Sinne der materialistischen Staatstheorie institutionell vermittelt wurden und wie der status quo der hochgradig umstrittenen und immer wieder blockierten Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung politikwissenschaftlich erklärt werden kann.

Damit verbunden ist drittens eine Analyse des Herrschaftsanspruches, der mit der VDS verbunden ist, und die daran anschließende Frage, ob und inwiefern es sich bei der Vorratsdatenspeicherung um eine *autoritäre Transformation des deutschen Staates* handelt. Als neues Phänomen auf dem Feld der Inneren Sicherheit umfasst die VDS eine sehr weitreichende Einschränkung der Grundrechte, eine neue Form der Privatheit, die sich dort gegenüber dem öffentlichen Gewaltmonopol etabliert, die besondere Bedeutung von Prävention innerhalb staatlicher Sicherheitsstrategien und schließlich deren Auswirkungen auf den demokratischen Charakter des politischen Systems. Meine vorläufige Forschungsthese konstatiert hier eine Transformation des deutschen Staates zu einem *digital-autoritären politischen System*.

Viertens soll ein besonderer Augenmerk auf den *polit-ökonomischen Rahmenbedingungen* liegen, in die die Vorratsdatenspeicherung eingebettet war. Diese beruht auf der staatlich angeordneten, präventiven Speicherung von Telekommunikationsdaten durch transnationale Telekommunikationskonzerne, die jedoch erst seit der Privatisierung des Telekommunikationssektors Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre den Markt dominierten. Gleichzeitig vollziehen sich parallel zu staatlichen Überwachungsprojekten wie der VDS Prozesse einer kapitalistisch angetriebenen, digitalen Durchdringung und Protokollierung von Alltagspraxen, in denen digitale Kommunikationsvorgänge über Mobilfunkanrufe, SMS, Messengerdienste, soziale Netzwerke und den gesamten Bereich des E-Commerce eine minutiöse digitale Rekonstruktion individueller und interpersoneller Praxen erlauben. Somit stellt sich abschließend die Frage nach dem Zusammenhang von digitalem Kapitalismus und digitalem Autoritarismus.